

Antrag der Redaktionskommission

vom 2. Juli 2008

GRB vom 25.6.2008

Weisung 193 vom 14.11.2007: Volksinitiative vom 17.5.2006 betreffend Umweltschutz konkret, Ab- lehnung und Gegenvorschlag

Antrag der Redaktionskommission:

A. Zu Händen der Gemeinde

1. Die Volksinitiative „Umweltschutz konkret“ vom 17. Mai 2006 wird abgelehnt.
2. Dem folgenden Gegenvorschlag des Gemeinderates wird zugestimmt:
 - I. Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:

Art. 2^{ter}

¹ Die Stadt Zürich setzt sich aktiv für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Sie verpflichtet sich für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

² Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, insbesondere für

- a) eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin oder Einwohner;
- b) eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr;
- c) die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen.

Art. 2^{ter}

¹ Die **Gemeinde** setzt sich aktiv für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Sie verpflichtet sich **zur** Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

² Sie setzt sich im Rahmen ihrer **Zuständigkeit für** die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft **ein**, insbesondere für

³ Die Stadt Zürich verzichtet auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen.

II. Übergangsbestimmung:

Für die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr setzt die Stadt Zürich das Jahr 2050 als Ziel.

III. Der Stadtrat setzt diese Ergänzung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

B. In eigener Befugnis

Die Motion GR-Nr. 2004/492 von Bernhard Piller (Grüne) vom 15.9.2004 betreffend Kernkraftwerk Gösgen AG, Verkauf der städtischen Beteiligung, vom Gemeinderat überwiesen am 6.9.2006 wird abgeschrieben.

³ **Sie** verzichtet auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen.

Für die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr setzt die **Gemeinde** das Jahr 2050 als Ziel.

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Ernst Danner (EVP), Astrid Hirzel (CVP), Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Dr. Doris Weber (FDP)

Für die Redaktionskommission

Präsident Mark Richli (SP)
Sekretär Daniel Reuter